



Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,

*die politischen Parteien in unserem Land waren in den letzten Monaten mit dem Wahlkampf beschäftigt - und schließlich mit Wundenlecken und Gesprächen für eine neue Regierungsbildung. Eine neue Koalition mit jungen Politiker*innen, die sich mit zukunftsweisenden Plänen viel vorgenommen hat, wird in Zukunft regieren. Wir werden sie kritisch begleiten. Die Weltpolitik hat nicht halt gemacht, die Themen Afghanistankrieg und seine Folgen berühren unsere Interessen genauso wie die Flüchtlingsströme an den Grenzen Europas.*

Bei genauerem Hinsehen bedingen sich die Eskalationen aus der jeweils vorangehenden Entwicklung. Der übereilte Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan sowie die Fehleinschätzung der dortigen »Sicherheit« durch die aufgebauten Strukturen hatte die rasche Machtübernahme der Taliban mit dem entsprechenden Umbau der gesellschaftlichen Verhältnisse in Afghanistan zur Folge. Sie lösten eine neue Fluchtbewegung aus. Die dramatischen Szenen am Flughafen Kabul stehen stellvertretend dafür. Jetzt droht dort eine Hungerkatastrophe.

Inge Gerlach zu Afghanistan **Das Ende des Militäreinsatzes in Afghanistan**

Ende Juli 2021 kehrten die letzten deutschen Truppen aus Afghanistan zurück. Am 31. August 2021 sollte ein großer Zapfenstreich zu Ehren der Truppen veranstaltet werden. Spät war es den politisch Verantwortlichen eingefallen, dass man fast 20 Jahre Krieg am Hindukusch nicht sang- und klanglos zu Ende gehen lassen dürfe. Obwohl ein solches nüchternes Ende dem kläglichen Ergebnis dieses Krieges voll und ganz entsprochen hätte. Was hatte man denn gewonnen? Was galt es zu feiern? Und der fluchtartige Abzug aus dem Land, wo man angeblich die westliche Freiheit verteidigte, hinterlässt dieses Land mehr oder weniger so, wie man es 2001 vorgefunden hatte. Nämlich als eine Beute der Taliban, zu denen jetzt auch noch Kämpfer des IS hinzugekommen sind. Was wird aus den einheimischen Helfern, die längst nicht alle Exil im Westen finden? Was wird aus den Frauen und Mädchen, die einige Jahre Bildung erfahren durften? Was wird aus der vorsichtig sich formenden Zivilgesellschaft, wenn wieder ein Gottesstaat entsteht? Zwar existiert Osama bin Laden nicht mehr, den die US-Regierung in einer extralegalen Hinrichtung liquidieren ließ. Auch ist Afghanistan (vorläufig!) kein Terroristennest mehr, aber das ist auch alles, was in zwanzig Jahren erreicht wurde. Aus dieser tristen Bilanz ergeben sich einige Fragen.

Eine davon stellte ein deutscher Militär, der auf die Kunde vom baldigen Abzug der Truppen äußerte, was er denn seinen Soldaten sagen sollte, wenn sie fragten, wofür sie gekämpft hätten und gestorben wären. Eine Antwort hat er nicht bekommen.

Das führt zu der nächsten Frage, ob 20 Jahre Krieg notwendig gewesen waren. Die US-Amerikaner waren nicht an Nation Building interessiert; ihnen reichte der militärische Sieg. Eine Afghanistan-Politik, die sich um den Ausgleich der ethnischen Gegensätze bemüht hätte, war nicht ihre Sache. Sie überließen das Regieren den Warlords, den Stammesherrschern, die sich an westlicher Aufbauhilfe bereicherten und ihren Anhängern Führungspositionen verschafften. Die USA dachten auch nicht daran, sich mit den Taliban zu arrangieren, solange diese noch schwach waren. Das taten sie erst, als es schon zu spät

war, Trump, der sich den lästigen Krieg vom Hals schaffen wollte und direkt mit den Taliban hinter dem Rücken der – freilich schwachen und korrupten – Regierung verhandelte. Es waren keine bindenden Abkommen, die er mit ihnen schloss, und heute, nach dem Abzug der amerikanischen Truppen, erobern sie eine Provinz nach der anderen.

Zieht man Bilanz, so kommt man zu der Frage, ob sich Militärinterventionen überhaupt »lohn«en. Neben Afghanistan zeigen der Irak, Syrien und Libyen (und demnächst Mali), dass keine dieser Interventionen etwas anderes als Chaos und Destabilisierung gebracht hat. Für Deutschland waren es 59 Tote, Tausende von Verletzten und Traumatisierten sowie hohe Milliardenbeträge, die wir bezahlt haben. Die Höhe der afghanischen Verluste dürfte um ein Vielfaches höher liegen.

Deutschland müsse mehr »Verantwortung« zeigen, hieß es jahrelang, wenn wieder mehr deutsche Truppen angefordert wurden. Und die deutschen (Verteidigungs-)Politiker von Peter Struck bis Annegret Kramp-Karrenbauer stimmten vollmundig mit ein. Damit wären wir bei Max Webers berühmter Unterscheidung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Letztere wurde mit einem Militäreinsatz am Hindukusch und sonst wo gleichgesetzt. Die als Verteidigungsarmee gedachte Bundeswehr mutierte zur Interventionsarmee. Der Einsatz galt als Kriterium für Regierungstauglichkeit. Wer nicht mitmachte, wer sich, wie ein großer Teil der Linkspartei auf die pazifistische Gesinnungsethik berief, galt als nicht regierungsfähig. Aber wenn sich nun erweist, dass die Interventionen alles andere als »verantwortungsvoll« waren, fallen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik zusammen. Die Bundeswehr muss ihre Konzeption ändern; aber im Zeichen des bewaffneten Drohneneinsatzes wird sie das keinesfalls tun. Nichts gelernt!

Ein weiterer Beitrag dazu von Elke Almut Dieter

Die Zunahme der Flüchtlingsströme aus Afghanistan und aus Syrien, deren Kurdengebiete im Norden von Erdogan erobert, unterdrückt und zerstört wurden, war eine weitere Folge der westlichen Politik. Die EU betreibt seit der letzten Flüchtlingswelle 2015/16 eine Abschottungspolitik, die Politik der geschlossenen Grenzen. Erdogan wurde dafür bezahlt, die Flüchtlinge aus dem Süden in der Türkei zu behalten. Da eine geschlossene Grenze nicht ohne Kontrolle geht, und um nicht auffällige Grenztruppen installieren zu müssen, schuf die EU **Frontex***, eine Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache. Sie sollte die Grenzen vor illegalem Betreten schützen. Sie beschäftigt Vertragsbedienstete und Entsandte von Behörden. Das taten sie so gut, dass sie in Verruf kamen: Beim europäischen Gerichtshof liegt eine Klage gegen Frontex vor. Dabei geht es um die Vorwürfe der illegalen Zurückweisung von Flüchtlingen. Pushbacks brachten Flüchtlinge in Lebensgefahr. EU-Parlamentarier fordern eine Reform...

Im November 2021 erfolgte die »Erpressung« Europas durch Lukaschenko. Er schaffte Flüchtlinge an die europäische Außengrenze, an das angrenzende Polen: Es war seine Antwort auf die Sanktionen der EU gegen Belarus, die auf die Wahlfälschungen Lukaschenkos und dessen brutale Unterdrückung der Opposition mit Sanktionen reagierte. Die Polen schickten militärische Grenztruppen, errichteten Zäune - die Flüchtlinge erhielten Unterstützung von belarussischen Militärs bei dem Versuch, in die EU einzudringen. Eine gefährliche Eskalation zulasten der Geflüchteten, die bei Minustemperaturen in den Wäldern ausharrten. Es gab Tote. Das Verlegen von Nato-Truppen an die polnischen Grenzen, Manöver auf belarussischer Seite machen die Lage nicht entspannter. Europäische Mitgliedsländer fordern eine Finanzierung für Mauern und Stacheldraht zur Abwehr von Flüchtenden. (Die staatliche Flüchtlingsabwehr hat bereits einen Wachstumsmarkt angekurbelt!) Aber es geht nicht um Mauern von der Ostsee bis zum Mittelmeer, es geht um eine Änderung der Politik: **endlich geregelte Wege schaffen**, dass Menschen legal in die EU einreisen können. Das müsste sogar im Interesse der westlichen Staaten sein, die Fachkräfte in der Industrie und im Dienstleistungssektor brauchen.

Die Flucht aus dem Elend ist eine Folge der westlichen Politik der Einmischung, der Kolonialisierung und der Zerstörung von Staaten. Nach Krieg, Zerstörung und Verarmung bedeutete Flucht die HOFFNUNG auf ein lebenswertes Leben. Die Geflüchteten sagen, sie haben nichts zu verlieren. Die neue Völkerwanderung haben die »Interventionskräfte« selbst zu verantworten. **Also muss es dafür auch Lösungen geben!**

*Frontex, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, die Mitgliedstaaten und Schengen-assozierten Länder beim Schutz der Außengrenzen des EU-Raums des freien Verkehrs zu unterstützen. Als EU-Agentur wird Frontex aus dem EU-Haushalt und durch Beiträge der assoziierten Schengen-Länder finanziert.

Inge Gerlach zu Flüchtlingssituation an der belarussisch-polnischen Grenze

An der belarussisch-polnischen Grenze werden bei eisiger Kälte Tausende von Flüchtlingen hin und her gestoßen. Polen lässt sie nicht herein, Belarus nimmt sie nicht zurück. Es sind zumeist Geflüchtete aus dem Nahen und Mittleren Osten, die von der belarussischen Regierung ins Land geholt wurden mit dem Versprechen einer ungehinderten Durchreise nach Europa, primär nach Deutschland. Belarus revanchiert sich auf diese Weise für die europäischen Sanktionen. Es hat Europas Schwachstelle erkannt: Europa kann und will Flüchtlinge nicht verteilen. »Wir haben das geschafft!« verkündete Noch-Kanzlerin Merkel vollmundig. Aber einige Tausend Flüchtlinge »schaffen« wir offenbar nicht.

Zunächst kamen einige über die grüne Grenze nach Deutschland. »Reichsbürger« und andere Rechtsradikale wollen sie mit Waffengewalt bekämpfen, was von der brandenburgischen Polizei zum Glück verhindert wurde. Aber wie die polnische Polizei mit europäischem Segen mit ihnen umgeht, ist auch nicht zimperlich. Jetzt baut Polen einen Grenzzaum, den die EU zahlen soll. Die NATO erklärt, dass sie zur Unterstützung bereit steht. Daneben gibt es auch Hilfsangebote von Flüchtlingsorganisationen, die aber von Polen nicht ins Land gelassen werden.

Neben der Mittelmeerroute gibt es jetzt einen neuen gefährlichen Fluchtweg in die EU. Offensichtlich brauchen wir nun neben der Seebrücke eine neue »Landbrücke«, die den Geflüchteten hilft, ihr Recht auf einen Asylantrag wahrzunehmen.

Und was Belarus betrifft: Die EU bietet Erdogan Millionen, damit er Flüchtlinge nicht weiterreisen lässt. Jetzt könnte man Lukaschenko, statt mit neuen Sanktionen zu drohen, gleichfalls Geld bieten, damit er auf sein unwürdiges Spiel mit Flüchtlingen verzichtet. Die EU aber müsste sich endlich auf legale und sichere Zugangswege und eine gerechte Verteilung für Geflüchtete einigen.

Veranstaltungsrückblick

Unsere Veranstaltungen aus der Vortragsreihe »Wege zu einer Kultur des Friedens« werden von uns aufgezeichnet, um den von uns angebotenen Vortrag nachsehen und nachhören zu können. Das entspricht unserem Wunsch, möglichst breit zu informieren. Nicht alle Vorträge werden gut angenommen. Eine gute Resonanz freut uns natürlich, die Resonanz von über 8000 (!) Aufrufen des Videos zum Vortrag von Herrn Zumach ist neu für uns.



Im Folgenden die Vorträge in chronologischer Reihenfolge.

16. September 2021

Norbert Stemmer Gemeinwohlökonomie im Gespräch

- ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft - www.ecogood.org



<https://youtu.be/3kzPVuqblId>



Statt dem Gemeinwohl zu dienen, wie es das Grundgesetz fordert ist unser jetziges Wirtschaftssystem auf Profitmaximierung und grenzenloses Wachstum ausgerichtet. Das führt zu Konkurrenz - auch zwischen Staaten - und dadurch zu Krisen und kriegerischen Handlungen, unter denen viele Menschen leiden.

Immer mehr Menschen erkennen, dass wir - wenn wir ein gutes Leben für alle anstreben - nicht nur an einzelnen Symptomen, sondern an unserem gesamten Wirtschaftsystems ansetzen müssen.

Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ist ein Wirtschaftsmodell, das konstruktiv die Wirtschaft in die Gesellschaft und die Gesellschaft in das gesamte Ökosystem wieder eingliedert und so ein friedvolles und gutes Leben für alle (auch für zukünftige Generationen) ermöglicht.

Vortragsfolien: <https://www.friedenszentrum.info/index.php/808-wege-zu-einer-kultur-des-friedens-september-2021-gemeinwohloekonomie-im-gespraech>

14. Oktober 2021

Im Gespräch mit Aktivist:innen aus Kurdistan/Türkei Zivilgesellschaftliches Engagement in Krisenzeiten



<https://youtu.be/lwpwUcvcUU>

[von ELKE ALMUT DIETER] Im Foyer der VHS Braunschweig fand am 14. Oktober eine ganz besondere Veranstaltung statt: kurdische Gäste aus Diyarbakir berichteten von ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement inmitten von Verfolgung und Zerstörung, einem Krieg von Erdogan gegen die kurdische Bevölkerung mit dem Ziel der Zerstörung der kurdischen Selbstverwaltung. Christa Blum von IPPNW Mainz

berichtete von der Zerstörung der Altstadt Cizre mit deutschen Waffen und Bulldozern, von der blanken Gewalt der türkischen Truppen, der viele Menschen zum Opfer fielen. Der türkische Staat errichtet Neubauten, in die reiche Türken einziehen, das Gesicht der Stadt soll sich verändern, nichts soll mehr an die kurdischen Häuser und Stadtviertel erinnern. Die kurdische Sprache wird in der Schule, im Parlament und vor Gericht nicht anerkannt, man zwingt sie, Übersetzer selbst zu bezahlen. Auch im Krankenhaus wird nur türkisch gesprochen, was dazu führt, dass die alten Kurden auf ärztliche Hilfe verzichten.

Die sechs jungen gut ausgebildeten Leute – drei sind von Berufsverboten betroffen - arbeiten trotz der unsicheren Lage in der Menschenrechtsorganisation TIHV, sie dokumentieren Menschenrechtsverletzungen, das Geschehen in den Gefängnissen und helfen nach Kräften: die Rechtsanwältin versucht, zu verhindern, dass Menschen aus nichtigen Gründen ins Gefängnis kommen, kümmert sich um politische Gefangene in den Gefängnissen. Die junge Ärztin, deren Anstellung am Krankenhaus gekündigt wurde, behandelt Folteropfer, die Psychologen versuchen, Gewalterfahrungen aufzuarbeiten. Sie arbeiten unter ständigen Repressalien. Berufsverbote, Verhindern von Aus- und Weiterbildungen, Ausreiseverbote, Passenzug, willkürliche Hausdurchsuchungen in ihrer Abwesenheit sind allgegenwärtig. Auch Morde sind geschehen. Keiner kann sicher sein.

Die Menschenrechtsorganisation TIHV bekommt Geld aus einer UNO-Organisation, finanziert sich aber

hauptsächlich aus Spenden. Die Motivation der jungen Leute kommt aus der Solidarität mit den Opfern, mit dem bereits seit Generationen geführten Kampf der Kurden. Ihre Kraft erhalten sie aus den Erfolgen ihrer Arbeit, von ihrem Kollektiv, aus ihrer Arbeit selbst. Ihr Mut ist unbeschreiblich. Sie sagen: Leben ist Widerstand, Widerstand macht lebendig, Kampf macht vital.

Politisch hoffen sie auf die Stimmen der HDP, einer sozialdemokratischen Partei, sie braucht die Stimmen der kurdischen Bevölkerung. Sie könnte Reformen bringen. Der Westen braucht Erdogan für das Fernhalten von Flüchtlingen und macht Waffengeschäfte mit der Türkei.

Weiterer Beitrag zur Veranstaltung: <https://www.friedenszentrum.info/index.php/818-wege-zu-einer-kultur-des-friedens-september-2021-gemeinwohloekonomie-im-gespraech-2>

21. Oktober 2021

Andreas Zumach

Russland und der Westen – Eskalation ohne Ausweg?



<https://youtu.be/eA034XI0Y1w>

[von ELKE ALMUT DIETER] Andreas Zumach beginnt seinen Vortrag mit dem Hinweis auf die besondere Verantwortung für gedeihliche Beziehungen gegenüber Russland und verweist auf die aktuelle Bedrohungssituation durch Aufrüstung und die Modernisierung der Atombombenarsenale.

Unter Obama wurden 30 Milliarden für die sog. Modernisierung der Atomwaffen bereitgestellt, Trump sah eine Abschreckungslücke gegenüber Russland in seiner Glaubhaftigkeit und wollte in Europa Mininukes stationieren. Für die EU-Mitgliedsstaaten ist Russland die Hauptbedrohung, obwohl die NATO die konventionelle Unterlegenheit Russlands einräumt. Die NATO richtet sich an einer hybriden Kriegsführung der Russen aus, wobei die USA seit Jahren selbst eine hybride Kriegsführung mit erheblichen Eingriffen in andere Länder betrieb und betreibt.

Zumach bedauert die Geschichtsvergessenheit der politischen Parteien in Deutschland. Das Verhältnis zu Russland beginnt bei allen politischen Parteien im Frühjahr 2014, manchmal 2008 mit dem Eingreifen Russlands, als Georgien versuchte, die Kontrolle über Südossetien zurückzugewinnen.

Er verwies auf das politisch nicht mehr erinnerte Jahr 1990, auf das Ende des Kalten Krieges und die Hoffnung auf ein gemeinsames Haus Europa. Die große Hoffnung ist durch den Wortbruch, die Ost-erweiterung der NATO, zerstört worden. Die Zusage der Nato, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, hatte am 2.2.1990 James Baker in Moskau Gorbatschow und Schewadnadse gegeben, was nicht verschriftlicht wurde. James Mettlock war dabei, hat es bezeugt, aufgeschrieben und veröffentlicht. Dass Kohl und Genscher die gleichen Zusagen gegeben hatten, kann Zumach als indirekter Zeuge bestätigen. Genscher flog unmittelbar nach den Verhandlungen mit Russland weiter nach Kanada zu den Open-Skies-Vereinbarungen. Drei Journalisten durften mitfliegen, einer davon war Andreas Zumach. Genscher berichtete euphorisiert, was geschehen war und bestätigte die Zusage über die Nichtausbreitung der NATO nach Osten.

Im November 1990 war das letzte KSZE-Treffen in Paris. Andreas Zumach - als Journalist damals dabei-berichtet, dass alle anwesenden Politiker*innen heilige Eide auf die KSZE schworen und Pläne für das gemeinsame Haus Europa machten bis hin zu einer KSZE-Eingreiftruppe. Man fühlte sich gut aufgehoben und für kurze Zeit gab es die Chance eines langfristigen Friedens.

1995/96 begann die Osterweiterung. Russland unter Jelzin hatte Probleme. Mit getricksten Auktionen überließ Jelzin den russischen Oligarchen die Filetstücke der russischen Wirtschaft (1995 verscherbelte Jelzin den Jukoskonzern für 300 Millionen Dollar, obwohl der eigentliche Wert bei 40 Milliarden Dollar lag. Die Geldbarone finanzierten Jelzin im Gegenzug die Wiederwahl.) Es folgten Chaosjahre, die russische Bevölkerung verarmte. Mit Putin erholte sich die russische Wirtschaft und auch die Bevölkerung wieder, sein innenpolitisches Ansehen ist darin gut begründet.

Anfang 2001 warb Putin im Bundestag in seiner Rede für seine Vision eines gemeinsamen europäischen Hauses. Er erhielt stehenden Applaus im Bundestag, aber eine politische Reaktion erfolgte nicht. In der bereits schärferen Rede Putins bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2007 verwies er darauf, dass er sich das Recht zu handeln nimmt. Man nahm ihn nicht ernst. Die Politik reagierte nicht. Die Ukraine wollte in die EU aufgenommen werden, in Verhandlungen erreichten sie ein Assoziierungsabkommen, welches gegen die Zollunion der Ukraine mit Russland verstieß. Janukowicz scheiterte und wurde abgesetzt. Die neue Regierung setzte Russisch als Amtssprache fest, schloss ein Abkommen mit Russland, das erlaubte, den Hafen auf der Krim zu kündigen. Es erfolgte der Einmarsch russischer Kräfte auf der Krim, und schließlich das von Putin angesetzte Referendum. »Zwei Tage nach dem Referendum, am 18. März 2014, unterzeichnete Putin und die Vertreter der Regionalregierung der Krim einen Vertrag über die Eingliederung der Krim in die russische Föderation. Nach der Ratifizierung des Beitrittsvertrages betrachtet Russland die Krim als Teil des eigenen Staatsgebiets.«*
(<https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/287565>)

Zumach betont, dass der Einmarsch völkerrechtswidrig, aber politisch vorhersehbar war. Die NATO hat daraus eine Gefahr für den Westen (Baltische Staaten, Polen...) gemacht und strafte Russland mit Sanktionen und einem Ausschluss aus allen internationalen Gremien.

Was müsste geschehen, um die Konflikte zu mindern?

Auf militärisch politischer Ebene ist die NATO und die EU der russ. Föderation haushoch überlegen und Russland stellt keine Gefahr für den Westen dar.

Die US-amerikanische Seite hat bestehende Kontrollverträge gekündigt: das Mittelstreckenabkommen, das Open-Skies-Abkommen, das Rüstungskontrollabkommen, das Obergrenzen für Truppenstärken und Waffen vorsah. Stattdessen stehen NATO-Truppen an den Grenzen von Russland.

Die NATO ist in der Pflicht, als der Stärkere, den ersten Schritt zu machen und auf Putin zuzugehen und zu handeln: ein **Abkommen über Manöver**, vor allem im Luftraum, wo sie außer Kontrolle geraten können, ein Abkommen über Manöver auf den Meeren (auch mit Eskalationsrisiko) und ein Rückzug der Truppen.

Cyberangriffe sind ein großes Thema. Die Nato führt Cyberwaffen als 5. Division und den Weltraum als 6. Division. Die Bedrohung ist gegenseitig. Zumachs Vorschlag: eine Liste von sensiblen Anlagen zu erstellen, die von Angriffen ausgenommen werden.

In der **Krimfrage** ist eine Lösung nur im einvernehmlichen Verfahren möglich. Sein Vorschlag: eine erneute Abstimmung auf der Krim, durchgeführt, überwacht durch die UNO - allerdings mit einer dritten Option: die Krim bleibt bei der Ukraine mit weitest gehender Autonomie, mit russischer Sprache, mit einer administrativen Autonomie, mit finanzieller Autonomie, der Möglichkeit eigene Steuern zu erheben.

Die **Ostseepipeline Nordstream II** wird von den USA aus Konkurrenzgründen abgelehnt, auch von Frau Baerbock abgelehnt, weil damit die Abhängigkeit von Gas für die nächsten Jahre festgelegt wird. Das Fracking-Gas aus den USA als Alternative ist keine Lösung. Das Problem Russlands ist die Abhängigkeit der Ökonomie von der Ausnutzung seiner Rohstoffe. Es brauchet eine Diversifizierung seiner Ökonomie. Zumachs Vorschlag: Für eine Übergangszeit von 20 Jahren brauchen wir grünen Wasserstoff, das heißt grün hergestellt mit erneuerbaren Energien. Wir wären in der Lage, Russland die Technologie zur Verfügung zu stellen, damit Russland uns den grünen Wasserstoff durch die Ostseepipeline schicken kann. Alternativ können wir grünen Wasserstoff aus Russland beziehen, der dort mit Gas als Energiequelle aufbereitet wurde – auch durch die vorhandene Ostseepipeline. Diese Kooperation mit Russland wäre besser als Anlagen in Afrika zu bauen (Desert Tech von Siemens, scheiterte bisher am Geld).

Sanktionen wurden 2014 nach der Annexion der Krim von USA und EU verhängt – ohne ein Plazet der UNO. Ziel war es, die russische Politik zu verändern. Heute können wir feststellen: das Ziel ist nicht erreicht und wird auch nicht erreicht werden. Folgerichtig sollten die unwirksamen Maßnahmen aufgegeben werden.

Eine Annäherung zwischen Russland und der EU kann auf zivilgesellschaftlich/kultureller Ebene stattfinden: sehr erfolgreich waren Versöhnungsinitiativen (Gräber pflegen, Denkmäler er-

richten), aber auch Reisen, zivilgesellschaftlicher Austausch, russischer und deutscher Sprachunterricht in Schulen. Putins Negativ-Image im Westen droht eine Entwicklung zwischen den Völkern zu lähmen. Dem gilt es zu begegnen.

18. November 2021

Natascha Strobl Die neue Rechte



<https://youtu.be/rf4eMSuUZf8>



[von BURKHARD JÄGER]

»Fatalismus ist nichts für schlechte Zeiten« -
Ein gelungener Beitrag von Natascha Strobl zur Neuen Rechten am 18.11.2021 in der VHS.

Es leidet keinen Zweifel: Die Neue Rechte ist spätestens seit 2015 eine fest etablierte ideologische und organisatorische Größe im politischen Spektrum Deutschlands: Sie ist fest verankert in der AfD, hat im »Institut für Staatspolitik« (Götz Kubitschek) einen

»think tank«, in der »Jungen Freiheit« ein relevantes Presseorgan, ist mit dem »Antaios-Verlag« auf dem Buchmarkt präsent und mit u. a. den »Identitären« auch auf der Straße. - Grund genug also, sich mit dieser Strömung einmal genauer auseinanderzusetzen.

Auf unsere Bitte hin gab die österreichische Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl einen ebenso umfassenden wie komprimierten Überblick über die Szene. Im Mittelpunkt ihrer Ausführungen stand dabei die Frage, welchen Stellenwert die Neue Rechte (u. a. in Deutschland) für die weitere ideologisch-politische Entwicklung im rechten Teil des politischen Spektrums (und nicht nur dort) hat bzw. haben könnte. - Thematisiert wurden insbesondere die Fragen nach Kontinuität und Brüchen im neurechten Denken (Bezug auf die »Konservative Revolution« der Weimarer Republik und die französische Nouvelle Droite), der Aufstieg der Neuen Rechten in der Bundesrepublik seit den 80er Jahren sowie der Durchbruch auf der parlamentarischen Ebene (AfD).

Die neue Qualität der Neuen Rechten sei darin zu sehen, dass sie eine Scharnierfunktion zwischen der extremen Rechten und traditionellen Konservativen einnehme; hier auch ihre Gefährlichkeit zu sehen sei, da sie einem Radikalisierungsschub aller politischen Kräfte in der rechten Hälfte des politischen Spektrums Vorschub leisten könne. - Zentral sei hier der Kampf um die ideologische Hegemonie mit dem Ziel einer durchgreifenden autoritären Formierung der Gesellschaft.

Das Einfallstor für die neurechte Ideologie sei hier u. a. die tendenzielle Relativierung des Holocaust, indem z. B. deutsche Flüchtlingsschicksale nach dem 2. Weltkrieg den Deportationen der NS parallelisiert werden.

Ebenso: Die bedenkenlose Verwertung ökologischer und friedenspolitischer Themen (z. B. die öffentlichkeitswirksame Zustimmung zum Atomwaffenverbotsantrag durch den inzwischen gestürzten ÖVP-Bundeskanzler in Österreich). In diesem Zusammenhang warnte sie ausdrücklich vor der Illusion, einen produktiven Diskurs mit diesen Kräften führen zu können, da dies einer Aufwertung solcher Kräfte gleichkomme.

Diese Gesichtspunkte wurden teilweise schon im Anschluss des Vortrages im Dialog mit dem virtuell und analog anwesenden Publikum entwickelt. Hier wurden flankierend wichtige weitere Gesichtspunkte deutlich. In diesem Zusammenhang wies Natascha Strobl ausdrücklich auf die Relevanz der sozioökonomischen Ebene hin: Auf die Tatsache, dass wir in einer nur rudimentär demokratischen Gesellschaft leben, solange abseits des öffentlich-politischen Sektors im Bereich der Ökonomie keinerlei substanzielle gesamtgesellschaftliche Mitbestimmungsmechanismen existieren; in einem Bereich, in dem große Teile der Gesellschaft ihre existenziellen Erfahrungen machen, Anfälligkeiten für autoritäres - und damit (neu-)rechtes - Denken existieren, krisenbedingte Ausdifferenzierungen im Bereich bestimmter Kapitalfraktionen zu entsprechender Bündnisbereitschaft führen könnte.

Am Ende stand aber doch ein »Trotz alledem«: Jede Krise schaffe auch ihre Chancen für ein Mehr an Partizipation und Emanzipation, die Dynamik der Entwicklung gelte es zu nutzen, um diese Ziele durchzusetzen: Auf eine kurze Formel gebracht: »Fatalismus ist nichts für schlechte Zeiten.«

Literatur:

Natascha Strobl: »Radikalisierter Konservatismus - eine Analyse«

Suhrkamp Verlag, 2021, Broschur, 192 Seiten, ISBN 978-3-518-12782-7

Übersicht über die geplanten Vorträge 2022:

2022	Planung der Reihe „Wege zu einer Kultur des Friedens“	Raum
Do, 20. Januar 2022	Claudia Haydt, das Scheitern des Afghanistankrieges – ein Aus für Auslandseinsätze?	VHS, Speicher?
Do, 17. Februar 2022	Ingar Solty, Nato-Osterweiterung – war on terror	VHS, Speicher?
Do, 17. März 2022	Andreas Zumach, die veränderte Konstellation der Großmächte - Kriegsgefahr im Pazifik Rivalitäten zwischen den USA und China	VHS, Speicher?
17. April	Ostermarsch	
Do, 21. April 2022	Jürgen Rose, "Die Bundeswehr im Spannungsfeld zwischen "Innerer Führung" und rechtsradikalen Tendenzen"	VHS, Speicher?
Do, 19. Mai 2022	Werner Ruf, Prof i.R. Afrika und die Freihandelspolitik der EU	VHS, Speicher?
Do, 16. Juni 2022 (Fronleichnam)	Joachim Hempel, „Quo Vadis Afrika...“ Ein kleiner Einblick in einen großen Kontinent	VHS, Speicher?
Fr, 8. Juli 2022 Flaggentag Gedenktag in der Dornse	Ein Referent von „ICAN“ Atomverbotsvertrag	Helmut Kaess Frieder Schöbel Dornse des Altstadt- rathauses
Do, 14. oder 21. Juli 2022	Sommerpause	
Do, 18. August 2022	Jürgen Wagner, Militarisierung der EU – eine Antwort auf die pazifischen Interessen der USA angefragt	VHS, Speicher?
August oder September	Ein erfolgreiches Projekt stellt sich vor: Ferien vom Krieg angefragt	VHS, Speicher?

Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,

*in dieser besonderen Zeit der Sorgen und Belastungen durch die immer wieder
aufflammende Coronaepidemie wünschen wir Ihnen allen, dass Sie gesund bleiben.*

Mit einem Friedensgruß zu Weihnachten und zum neuen Jahr

Der Vorstand des Friedenszentrums Braunschweig

